

Norbert Seitz

„Schröder darf bleiben“ oder: Der moralische Bankrott der SPD

„Nicht mit hinreichender Sicherheit“ könne festgestellt werden, ob Ex-Kanzler Gerhard Schröder gegen die Parteiordnung der SPD verstoßen habe. Lautet die Erklärung der Schiedskommission des Bezirks Hannover, die nunmehr in letzter Instanz von der Bundeschiedskommission der SPD bestätigt wurde. Danach hat der Ex-Kanzler mit seiner schauerlichen Verstrickung in das kriminelle System Putins weder die „Grundsätze“ oder die „Statuten“ der Partei verletzt, noch sich „ehrloser Handlungen“ schuldig gemacht und damit den Tatbestand der Parteischädigung nicht erfüllt.

Zunächst hatten 17 SPD-Gliederungen vergeblich das Verfahren gegen den Kreml-Amigo ins Rollen zu bringen versucht. Auch die Berufung von 7 Gliederungen vor der Schiedskommission des Bezirks Hannover scheiterte, ehe nochmals zwei Ortsvereine erfolglos nachlegen sollten. Schröder darf also SPD-Mitglied bleiben. Soviel Charakterfestigkeit ist von ihm nicht zu erwarten, dass er von sich aus einen Schlussstrich zieht, nachdem er für weite Teile seiner Partei zur *persona non grata* geworden ist. Stattdessen traktiert Schröder die Nerven seiner Genoss:innen im Wochenrhythmus mit neuen Peinlichkeiten: an der Seite des einstigen SED-Monsters Egon Krenz auf der Trauerfeier von Hans Modrow, mit seiner gerichtlichen Auseinandersetzung um die gestrichenen Ruhestandsprivilegien als Ex-Kanzler, seiner Präsenz auf der Siegesfeier am 9. Mai in der russischen Botschaft zusammen mit den AfD-Führern Chrupalla und

Gauland, dem Kremlpropagandisten Klaus Ernst von der Linken und erneut dem „mit den großen Zähnen“ – Egon Krenz.

In Wahrheit hat Schröder nichts ausgelassen, um seiner Partei nachhaltig zu schaden. Er mag sich von manchen Zielen der SPD noch nicht entfernt haben, aber gewiss vom Menschenbild, indem er noch immer seinem ruchlosen Busenfreund im Kreml beispringt, wo er kann, zum Beispiel wenn er darauf schwört, dass sein menschenverachtender Spezi die Verbrechen von Butscha nicht zu verantworten habe. Inzwischen hat Putin aber die Mörder von Butscha längst mit Orden und Beförderungen ausgezeichnet, ohne dass Schröder seine krasse Fehleinschätzung widerrufen hat.

Ebenso fand Schröder als eingefleischter Sozialdemokrat bislang weder eine Silbe der Solidarität noch eine Regung von Empathie gegenüber dem ukrainischen Opfergang. Im Gegenteil: Unmittelbar vor dem Überfall Russlands bezichtigte er die militärisch hilfeschende Ukraine eines, „Säbelrasselns“, „das dem Fass den Boden ausschlägt“, während gleichzeitig über 150.000 russische Soldaten bereits die Grenzen zur Ukraine umzingelt hatten. Eine schamlosere Form von Solidaritätsverweigerung müsste eigentlich aus SPD-Sicht kaum vorstellbar sein.

Putins Tyrannei und die Grundwerte der SPD

Hinzu kommt Schröders hemmungsloser Kulturrelativismus in Menschenrechtsfragen. Die Empörung über die zunehmende Repression in Russland wehrt er als Toleranzproblem des Westens ab, der endlich begreifen müsse, dass auf der Welt

unterschiedliche Kulturen des Rechts und des Wirtschaftens existierten.

Dabei verkörpert die Tyrannei Putins die Entgegensetzung all dessen, wofür die SPD in ihrer Geschichte wacker gekämpft und Menschenopfer erbracht hat.

Gewiss werden auch viele Parteimitglieder über das Urteil der Bundesschiedskommission empört sein. Zumal dieses deutlich gemacht hat, wie sehr der deutschen Sozialdemokratie bis hin in ihre oberste juristischen Instanzen der moralische Kompass abhandengekommen zu sein scheint. Doch dagegen stehen noch immer all jene Genoss:innen vom Schlage der Mützenich, Stegner & Co., die unbeirrt glauben, ihre skandalöse Russland-Politik keiner nachträglichen Überprüfung unterziehen zu müssen, solange die CDU-Kanzlerin mit dabei war.

Politische Moral ist mehr als Mindestlohn und Mietendeckel, und Frieden und Verständigung ein anderes als gewinnbringende Kumpanei mit einem ruchlosen Despoten. Gerhard Schröder hat nicht nur sozialdemokratische Prinzipien verraten, sondern auch mit seinem Gaslobbyismus deutschen und europäischen Interessen nachhaltig geschadet, vor allem auch den geringer verdienenden Menschen, die doch noch immer zur SPD-Stammwählerschaft gezählt werden.

Dass nunmehr Juristen aus Polen und dem Baltikum gemeinsam gegen den Ex-Kanzler ermitteln, weil er aus ihrer Sicht mit seinem pro-russischen Aktivitäten auf dem Energiesektor einen ganzen Kontinent in die Nähe des

Abgrunds getrieben habe, lässt den obersten Schiedsspruch seiner Genossen noch fragwürdiger erscheinen.